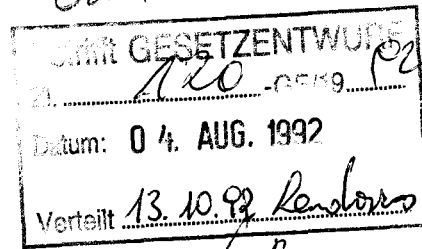


REPUBLIC ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR
LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

10.889/03-IA10/92

WIEN, 23. Juli 1992

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament
1010 Wien



Entwurf einer Vereinbarung zwischen dem
Bund und den Bundesländern gemäß Art. 15a B-VG
über begleitende zivilrechtliche Bestimmungen
zu Regelungen, die den Verkehr mit bebauten
oder zur Bebauung bestimmten Grundstücken
verwaltungsbehördlichen Beschränkungen
unterwerfen

Unter Bezugnahme auf das Rundschreiben des BKA-Verfassungsdienst vom
13. Mai 1976, GZl. 600.614/3-VI/2/76, beehrt sich das Bundesministerium
für Land- und Forstwirtschaft in der Anlage 25 Ausfertigungen der ho.
Stellungnahme zum Entwurf einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den
Bundesländern gemäß Art. 15a B-VG über begleitende zivilrechtliche
Bestimmungen zu Regelungen, die den Verkehr mit bebauten oder zur
Bebauung bestimmten Grundstücken verwaltungsbehördlichen Beschränkungen
unterwerfen, zu übermitteln.

Beilagen

Für den Bundesminister:
i.V. Ing. Raab

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Wagner



REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

A-1012 Wien, Stubenring 1: Präsidialsekt., Sekt. I, Sekt. II, Sekt. III, Buchhaltung, Tel. (0222) 71100 DW
A-1012 Wien, Stubenring 12: Revision, Sekt. IV, Sekt. V, Abt. III B 7, III B 11, Tel. (0222) 51510 DW

An das
Bundesministerium für Justiz
Museumstraße 7
1070 W i e n

23. Juli 1992

Wien, am

Telefax BMLF.: 6503

Ihr Zeichen/Ihre Geschäftszahl
Ihre Nachricht vom

2035/132-I 2/92

Unsere Geschäftszahl

10.889/03-IA10/92

Sachbearbeiter/Klappe

Dr. Brodtrager/6227

Betreff:

Entwurf einer Vereinbarung zwischen dem
Bund und den Bundesländern gemäß Art. 15a B-VG
über begleitende zivilrechtliche Bestimmungen
zu Regelungen, die den Verkehr mit bebauten
oder zur Bebauung bestimmten Grundstücken
verwaltungsbehördlichen Beschränkungen
unterwerfen

Unter Bezugnahme auf die do. Note vom 16. Juni 1992, GZ. 2035/132-I 2/92,
beehrt sich das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
folgende Stellungnahme abzugeben:

Es wird ausdrücklich festgestellt, daß sich der vorliegende Vertrag
zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG auf den Verkehr
mit bebauten oder zur Bebauung bestimmten Grundstücken bezieht. Die in
Art. II Abs. 2 der B-VG-Novelle 1992, BGBl. Nr. 276, genannte Anpassung
der Landesgesetze, die den Grundstücksverkehr für Ausländer oder den
Verkehr mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken regeln, hat
von anderen Vorgaben im agrarischen Bereich auszugehen und soll die
gegenständliche 15a B-VG Vereinbarung nicht als Präjudiz hierfür
gewertet werden.

Bitte führen Sie unsere Geschäftszahl in Ihrer Antwort an!

- 2 -

Zu Art. II, Abs. 1 zweiter Satz und Abs. 2 des Entwurfes:

Die Konstruktion des rückwirkend rechtsunwirksamen Rechtsgeschäftes bei Versagung der Genehmigung oder, wenn nicht binnen zweier Jahre um Genehmigung angesucht wird, ist aus rechtstheoretischen Gründen abzulehnen. Hingegen wäre die Konstruktion eines bedingt abgeschlossenen Rechtsgeschäftes zu befürworten.

Zu Art. VIII, Abs. 1 und 2:

Für den Fall der erneuten Versteigerung erscheint der Kreis jener Personen, die als Bieter zugelassen werden, als zu eng gefaßt. Die Unzulässigkeit einer Erhöhung des geringsten Gebots über die in der Exekutionsordnung vorgesehenen Mindestwerte hinaus ist ebenfalls nicht einsichtig.

Die im gegenständlichen Entwurf enthaltenen Regelungen bezüglich Erbrecht stellen teilweise eine Abschwächung des Eigentumsrechtes dar, und würde es daher dem österreichischen Rechtssystem entsprechen, wenn der Schutz des Eigentums als allgemeine Zielsetzung vorausgestellt werden würde.

25 Ausfertigungen wurden an das Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für den Bundesminister:

i.V. Ing. Raab

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Wagner